Lächeln zur Tagesordnung über. In welchen Hinterwäldern die preußische Theaterzensur noch lebt, zeigt am klarsten die Thatsache, daß sie aus staatsretterischen Gründen zu vernichten sucht, was die Freie Volksbühne aus ästhetischen Gründen längst abgelehnt hat. Aber übertroffen wird die Polizei noch vom Bezirksausschusse, der das Verbot des Stückes aufrecht erhält, obgleich er weiß, daß es in Paris und Petersburg demnächst aufgeführt werden wird. Das ist nicht in Abdera passirt, sondern in Berlin, am Ende des neunzehnten Jahrhunderts.

Die Verfasserin der „Nothwehr" kann man aber jetzt schon zu ihren außerordentlichen Leistungen beglückwünschen. Sie hat es verstanden, die hochwohllöbliche Polizei selbst für den Erfolg ihrer dramatischen Scharteke in Paris und Petersburg mobil zu machen, und mit nicht minder geschickter Hand hat sie dieselben kapitalistischen Tintenkulis, welche sie selbst vor ein paar Jahren mit den unnennbarsten Titeln überhäuften, vor ihren Triumphwagen zu schirren gewußt. Alle sind Feuer und Flamme über die Schädigung der Kunst, die durch das Verbot der „Nothwehr" verursacht sein soll, wie die Polizei Feuer und Flamme ist über die Schädigung des Staates, die durch die Freigabe der „Nothwehr" veranlaßt werden würde. Mancherlei Drähte laufen zwischen Berlin und Petersburg, und an dem geringsten tanzen die ernsthaftesten Puppen noch so lustig, daß wir uns allzu nagender Sorge über das Abreißen des Drahtes zwischen Deutschland und Rußland wohl noch nicht hinzugeben brauchen.

Bäuerliche Produktiv-Genossenschaften.

I.

Die Entwicklung des Kapitalismus führt durch die Konkurrenz des Weltmarktes, Konkurrenz des rationellen landwirthschaftlichen Großbetriebs, Vereinigung von Industrie und Landwirthschaft zu einer neuen, höheren Produktionsform, durch Geldsteuern und die atomisirende Wirkung des Erbrechts auf das kleine Eigenthum zum Ruin der Bauernwirthschaft. Es entsteht ein Auflösungsprozeß auf der ganzen Linie: Klassenspaltung, Schichtenbildung innerhalb des Bauernthums, kolossal anwachsende Verschuldung der Masse, Zersplitterung des Grundbesitzes, Unsicherheit des Erwerbs, Verdrängen des Ackerbaues durch landwirthschaftliche Nebenbetriebe, Durchdringen der reinen Landwirthschaft durch Handel und Gewerbe, Vordringen des Geldkapitals als des dirigirenden Faktors. Es gährt im Bauernthum, und die Agrarfragen drängen sich in den Vordergrund der Gesellschaft.

So sehr diese Erscheinung ihrem Wesen nach den bürgerlichen Oekonomen unbegreiflich geblieben ist, unbegreiflich bleiben muß, so hat sie doch, besonders durch die allgemeine europäische Agrarkrisis Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre deren Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Eine bedeutende Literatur entstand, vielfach unterstützt oder veranlaßt durch amtliche Erhebungen. Der fortwährende Druck der amerikanischen Getreideproduktion auf den Weltmarkt bewirkte ein weiteres Wachsthum dieser Literatur bis auf den heutigen Tag.

Was nun alle diese mehr oder weniger gelehrten Unternehmungen allgemein kennzeichnet, ist, wie schon erwähnt, daß sie vollkommen außer Stande sind, die Erscheinung in ihrem prinzipiellen Zusammenhange mit der gesammten kapitalistischen Entwicklung zu erfassen. Sie begreifen wohl die Statik der Erscheinung, verstehen aber nicht ihre Dynamik. Sie greifen eine Menge Einzelheiten auf, ohne

ihre grundsätzliche Verbindung zu kennen, und dementsprechend kommen sie auch zur Annahme, durch einzelne Maßregeln diesen Zersetzungs- und Vernichtungsprozeß innerhalb des Bauernthums aufhalten zu können. Man könnte wohl mehrere Dutzend solcher Verbesserungsvorschläge aufzählen, sämmtliche — sehr „praktisch", weil vom Standpunkte der Einzelerscheinung wirklich das Beste, was gethan werden kann, doch unwirksam, weil sie die Grundlage der ganzen Entwicklung unberührt lassen. Mit den harmlosen Rathschlägen einer genauen Buchführung und einer strengen Sparsamkeit beginnend, gehen diese Vorschläge durch eine große Menge technischer Aenderungen, Betriebsänderungen und juristischer Erleichterungen und Sicherungen hindurch bis hinauf zu großen Kreditoperationen, Steuerreformen und zur Bildung von Assoziationen der verschiedensten Arten.

Mit solchen Palliativmaßregeln hat der wissenschaftliche Sozialismus nichts zu thun. Der wissenschaftliche Sozialismus kennt die Genesis der Zerrüttung der Bauernverhältnisse und weiß deshalb auch, daß das Schicksal des Bauernthums innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung besiegelt ist.

Allein die internationale Sozialdemokratie, insofern sie in Berührung kommt mit dem Bauernthum, stößt unwillkürlich auf die Aufgabe, der Bauernbevölkerung innerhalb der heutigen Gesellschaft praktische Erleichterungen zu schaffen. Obwohl die Sozialdemokratie entschieden Front macht gegen den Kapitalismus, kann sie doch ihren grundsätzlichen Kampf nur führen auf dem Boden der praktischen Wirklichkeit. Nicht abstrakte Zukunftswünsche, sondern die positiven Gegenwartsinteressen allein sind im Stande, die Massen in Bewegung zu bringen. Jedoch gerade bei der Aufstellung eines praktischen Bauernprogramms liegt die Gefahr nur zu nahe, daß man nach einem von den bürgerlichen Gesellschaftsrettern ausgeklügelten Maßregelchen greift, das, mag es noch so sehr auf eine anscheinend revolutionäre Spitze getrieben werden, nichts Anderes ist als ein Rückwärtsschiebenwollen der ökonomischen Entwicklung.

Während die Sozialdemokratie aller Länder sich schon ziemlich geeinigt hat darüber, welche Forderungen die industriellen Proletarier an die kapitalistische Gesellschaft zu stellen haben, ist dies noch nicht der Fall in Bezug auf die Bauern. Es ist ja überhaupt nur eine kurze Spanne Zeit, seitdem die Sozialdemokratie in die Lage gekommen ist, mit einer sozialistischen Bewegung auch auf dem flachen Lande rechnen zu können. Nichtsdestoweniger giebt es jetzt schon einige Ansätze zu einem Bauernprogramm: bekanntlich haben die französischen Genossen 1892 auf dem Parteitag in Marseille sogar den Versuch gemacht, ein selbständiges und abgeschlossenes Bauernprogramm aufzustellen, desgleichen die Rumänen auf dem Bukarester Kongreß. Es kann nun selbstverständlich für die Sache nur fördernd sein, wenn diese Versuche zur allgemeinen Diskussion gebracht werden. Einen Beitrag in dieser Richtung wollen wir durch diese Arbeit liefern.

Von den Forderungen, welche von der Sozialdemokratie zu Gunsten des Bauernthums aufgestellt worden sind, wollen wir diesmal eine kritisch beleuchten, und zwar weil wir sie für vollkommen *verfehlt* erachten. Es ist dies der Vorschlag, den Bauern auf Staats- oder Gemeindekosten Land zuzutheilen zum Zwecke der gemeinsamen Bodenbebauung durch *bäuerliche Produktiv-Genossenschaften*.

So erklären die Rumänen als den Hauptsatz ihres Bauernprogramms Folgendes:

„Stufenweiser *Aufkauf* durch den Staat der großen privaten Besitzthümer, die zusammen mit den Gütern der öffentlichen Armenpflege ein unveräußerliches Domanium bilden sollen; Zutheilung dieses Landes an die Bauern zur einfachen

Nutznießung, unter besonderer Begünstigung der pachtweisen Bewirthschaftung durch die Dorfgemeinschaften." Das Land, das jetzt schon im Besitze des Staates ist, soll ebenfalls womöglich an Assoziationen vergeben werden.

Die Franzosen fordern im Marseiller Programm:

„Artikel 3. Den Gemeinden werde verboten, die im Gemeinbesitz befindlichen Ländereien zu veräußern; der Staat verpachte die Ländereien der Domänen-, der Marineverwaltung und des übrigen jetzt unkultivirten Landes an die Gemeinden; die Ueberschüsse der Gemeindebudgets sollen zur Vergrößerung des Landbesitzes der Gemeinde verwendet werden.

„Artikel 4. Die Gemeinde soll die Ländereien, die ihr der Staat abgetreten hat, die sie bereits besitzt oder neu hinzugekauft hat, den unvermögenden Familien zuweisen, die untereinander assoziirt sind und das Land nur zur Nutznießung erhalten, unter dem Verbot, Lohnarbeiter zu beschäftigen, und mit der Verpflichtung, eine Abgabe zu Gunsten der kommunalen Armenpflege zu leisten."

Auch auf dem Züricher Kongreß kam die Sache in der Agrarkommission zur Verhandlung, wobei sich die Ackerbau-Genossenschaften einer besonders begeisterten Fürsprache der Belgier erfreuten. Die Belgier denken sich die Uebernahme des privaten Großgrundbesitzes durch den Staat als einfache Konfiskation — unentgeltliche Expropriation.

Wir sehen, daß man über die Durchführungsart und im Zusammenhang damit über den Umfang, welchen diese Maßregel annehmen soll, nicht ganz einig ist. Die verschiedenen Modalitäten lassen sich folgenderweise zusammenfassen. Es wird gefordert:

Daß der Staat den Großgrundbesitz ohne Entschädigung expropriiren und die dadurch gewonnenen Ländereien den Dorfgemeinden zutheilen soll, oder auch daß der Staat zu diesem Zweck Ländereien aufkauft; daß der Staat seinen Domänenbesitz unter die einzelnen Dorfschaften zur gemeinsamen Benutzung vertheile; schließlich, daß die Gemeinden mit den Budgetüberschüssen Land aufkaufen und Assoziationen bilden; manche machen noch die Beschränkung, daß die auf solche Weise gebildeten Assoziationen keine Lohnarbeiter beschäftigen dürfen, die anderen sehen von dieser Beschränkung ab.

Von ihren sämmtlichen Verfechtern wird nun diese Forderung in das praktische Programm verwiesen, und so wollen auch wir sie vom Standpunkte des praktischen Programms einer Kritik unterwerfen. Zunächst aber müssen wir ein paar Worte über das praktische Programm selbst vorausschicken.

Daß das praktische Programm der Sozialdemokratie keineswegs einfach ein Sammelsurium von Forderungen ist, die mit dem Sozialismus nichts gemein haben, wird wohl von Niemandem bestritten werden. Unser praktisches Programm hat vor Allem folgenden zwei Bedingungen zu entsprechen: erstens muß es Maßregeln enthalten, deren Verwirklichung mit der ökonomischen Struktur des Kapitalismus vollkommen vereinbar ist, zweitens müssen es Maßregeln sein, deren Zustandekommen auf die soziale Entwicklung, im Besonderen auf die soziale Bewegung fördernd einwirken würde. Diese Auffassung des praktischen Programms soll die Grundlage unserer weiteren Untersuchung bilden.

* * *

I. Primum, mit der Verwirklichung dieser wohlgemeinten Maßregel steht es sehr schlimm. Zunächst genügt die einfache Zuweisung von Land an die Gemeinden nicht, um ackerbautreibende Produktiv-Assoziationen in Funktion zu setzen. Denn der Ackerbau erfordert außer Land noch manches Andere, nämlich:

1) einen düngerspendenden Viehstand, der gleichzeitig als Arbeitsvieh dient,
2) Maschinen und Bauten,
3) flüssiges Kapital, scilicet — Geld.

Was ist nun mit alledem zu beginnen? Ist dies auch zu „verassoziiren"? Allein schon der Viehbesitz wird in dieser Beziehung große Schwierigkeiten machen. Wenn der Bauer auch nichts dagegen hat, daß ihm von Staatswegen Land zugetheilt werde, mag es auch in der Gestalt gemeinsamer Nutzung sein, so ist es doch etwas ganz Anderes, den Bauer zu veranlassen, sein Eigenthum in Gemeinbesitz zu verwandeln. Man bedenke außerdem, welche große Bedeutung der Viehbesitz für den Bauern hat. Das Vieh ist für ihn nicht nur ein unentbehrliches Arbeitsmittel beim Ackerbau, es wird allmälig im kapitalistischen Auflösungsprozeß der Bauernwirthschaft zur Hauptstütze seiner Existenz. Die entwickelten Transportmittel und die wachsenden Großstädte schaffen Absatz für Milch und Butter, währenddem dieselben Transportmittel im Weltverkehr den Brotpreis hinunterdrücken, den Getreideabsatz des heimischen Bauern beschränken. Besonders im Umkreis der Großstädte — und dieser Umkreis ist jetzt sehr groß — werden die Produkte der Viehzucht zu einer wichtigen Geld-Einnahmequelle für den Bauern, überall aber ist die Milch für ihn ein wichtiges Nahrungsmittel. Selbst ein nur oberflächlicher Blick in die Bauernbudgets, z. B. in die Anfangs der achtziger Jahre publizirte Agrarenquete für das Großherzogthum Baden, zeigt dies sonnenklar. Aus der Milch schöpft der Bauer vorwiegend das Eiweiß seiner Nahrung, die Milch bildet den vierten Theil der Wärmezufuhr seines Organismus — ohne Milch kann er nicht leben. Daß der Bauer unter solchen Umständen mit Leib und Seele an seiner Kuh hängt, ist wohl begreiflich, sowie auch, daß es keine leichte Aufgabe ist, den Viehbestand der Kleinbauern in Gemeinbesitz zu nehmen. Oder soll der Bauer das Privateigenthum an diesem Produktionsmittel behalten und nur verpflichtet sein, den Dünger und das Arbeitsvieh bei der gemeinsamen Bodenbebauung zu verwenden? Allein da der Viehbesitz und auch der Dünger, je nachdem, quantitativ und qualitativ verschieden sind, so wird der Bauer nicht ohne Weiteres auf eine solche Vergemeinschaftlichung eingehen, sondern er wird sich ausbedingen, daß er den vollen Ertrag erhalte von jenem Stück Land, das er gedüngt und bearbeitet hat — dadurch wird aber der kollektivistische Charakter der Produktion zu nichte, und die ganze Operation löst sich auf in einfache Landeszutheilung an die Bauern, je nach ihrem jetzigen Vermögensbestande.*

Dann die Maschinen und Bauten. Es ist klar, daß ein ausgiebiger Staatskredit eröffnet werden müßte, um die ländlichen Assoziationen mit Maschinen zu versorgen. Wenn schon, denn schon: soll kollektivistische Produktion in der Landwirthschaft eingerichtet werden, so darf man doch die Technik des Großbetriebs nicht unberücksichtigt lassen. Ausgedehnte Wirthschaftsgebäude müssen ebenfalls errichtet werden: Maschinenschuppen, Speicher, Scheunen, Ställe ꝛc. Dies giebt den kleinlichen Einrichtungen des Bauernhofes den Gnadenstoß. Ein solcher maschinenmäßiger Großbetrieb ist übrigens auch nicht im Mindesten dazu befähigt, den Mist des einzelnen Bauernhofes qualitativ und quantitativ nach Gebühr zu schätzen.

* Die Frage der Düngung war eins der schwersten Hindernisse, auf die die russischen „Volksthümler" stießen, als sie an den russischen Bauern, der ja noch bis jetzt sein Land in Gemeineigenthum hat, mit weiteren Sozialisirungsvorschlägen traten. „Ich", sagte z. B. ein Bauer, „habe Geflügelmist, mein Nachbar aber Kuhmist — da giebt es doch einen Unterschied", oder: „Ich habe einen Viehstand von drei Kühen, ein Anderer hat 'nen Viehstand von einem Hahn, wie können wir zusammengehen?" Eine treffliche Kritik dieser Sozialisirungsversuche enthält das Buch von G. Plechanow: „Unsere Kontroversen" (russisch).

Und außer dem Kredit für Maschinen und Bauten muß überhaupt in den Händen der Bauern Kapital flüssig gemacht werden, denn auch die Landwirthschaft benöthigt heutzutage vielfach Geld: zum Ankauf von Kunstdünger, zur Instandhaltung des todten und lebenden Inventars u. a. m.

Ferner, was soll mit dem Stück Land geschehen, welches dem Bauern *jetzt schon* gehört? Es ist unmöglich, daß der Bauer auf die Dauer gleichzeitig eine private und eine kollektivistische Wirthschaft führt, daß sein Vieh und seine Utensilien gleichzeitig Privateigenthum und Gemeineigenthum seien ꝛc. Es bleibt also nur der Ausweg, das Land der Bauern in Gemeineigenthum überzuführen.

Wir sehen, wie allmälig unter unseren Händen ein stolzes, aber auch gewaltiges und komplizirtes Gebäude aufwächst. Um aber den Bauern selbst für diese großartigen Betriebsumänderungen geeignet zu machen, wird man Agrikulturschulen in ausgiebiger Zahl einrichten, dem landwirthschaftlichen Unterricht eine viel weitere Basis geben müssen.

Die gemeinschaftliche Bodenbebauung, so harmlos praktisch diese Maßregel auch auf den ersten Blick erscheint, unterstellt, wie wir gezeigt haben, eine gründliche Umgestaltung der Bauernwirthschaft, eine vollkommene Sozialisirung der Landwirthschaft. Wenn aber die Sozialdemokratie einmal so weit ist, wenn die Bauern so weit sind, daß sich so etwas machen läßt, — dann ist es überhaupt aus mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, dann braucht man sich nicht hinter Produktiv-Assoziationen zu verbergen, braucht man sich nicht auf die Landwirthschaft zu beschränken, dann ist überhaupt damit nichts Neues gesagt, sondern nur der kardinale Programmsatz *tautologirt*. *Praktisch im Sinne des innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft* zu Verwirklichenden ist dies auf jeden Fall nicht.

Thatsächlich denkt Niemand daran, den Sozialismus unter den Bauern sogleich einzuführen. Was man will, ist einfach, die Lage des Bauern in etwas zu heben. Aber man macht sich die Sache zu leicht. Soll durch diese gemeinsame Bodenbewirthschaftung etwas mehr erreicht werden, als eine bloße Spielerei für den Bauern in seinen Mußestunden, so müssen solche Assoziationen im großen Maßstabe angelegt und allgemein durchgeführt werden. Sie kämen aber dabei in Konflikt mit dem Privatbesitz der Bauern, der sich auflösen, bezw. von dem Gemeineigenthum aufgesaugt werden muß, soll dieses Letztere bestehen bleiben. Sie bedeuten dann eine Umgestaltung der ganzen Gesellschaft. Sagt man nun: wir wollen diese Assoziation erst allmälig, einzelweise, gleichsam brockenweise einführen, so ist das nichts Anderes, als eine Wiederaufwärmung der altbekannten Produktiv-Assoziationen, die aber in der Agrikultur sich noch weniger halten können wie in der Industrie, und zwar schon aus dem Grunde, weil sie hier nicht nur mit der Konkurrenz des Großkapitals, sondern auch mit der Uebermacht der besseren Boden- und klimatischen Verhältnisse des Auslandes zu kämpfen haben.

Dieser letztere Umstand ist von so großer Wichtigkeit, daß er sogar für sich allein eine vollkommene Sozialisirung des Ackerbaues, geschweige denn die Existenz von Einzel-Assoziationen, zur ökonomischen Unmöglichkeit macht, so lange die übrigen Produktionszweige ihren Waarencharakter beibehalten.

Es ist klar, daß die Einführung von Ackerbau-Genossenschaften eine leichtere wäre, wenn man die Produktionstechnik unberührt lassen wollte, wenn man also den Bauern auch in der Gemeinschaft auf seine alte Weise wirthschaften ließe. Allein dann sind diese Produktivgemeinschaften selbstverständlich noch weniger konkurrenzfähig. Sieht man hier von der Einführung einer entwickelteren Technik

ab, so nimmt man der Assoziation ihre sämmtlichen produktiven Vorzüge. Denn, obzwar der besitzlose Arbeiter in der Assoziation fleißiger arbeitet als in der kapitalistischen Unternehmung, so wird doch der Kleinbauer auf seinem eigenen kleinen Gute intensiver arbeiten als in der Gemeinschaft, weil sein persönliches Interesse im ersten Falle viel mehr in den Vordergrund tritt. Ueberhaupt muß dem Bauern eine solche Produktivgemeinschaft nur als lästige Bürde erscheinen, als wundersames Anhängsel zum zugetheilten Lande, das von den unkundigen Stadtleuten aus reiner Laune ihm zum Aerger gemacht wurde, währenddem dieses Land doch so gut zur Vergrößerung seines Parzellenackers gebraucht werden könnte.

Sollten solche Assoziationen zu Stande gebracht werden, so werden die meisten sehr schnell zu Grunde gehen, die wenigen überlebenden aber werden, gerade so wie die industriellen Produktiv-Assoziationen, kapitalistisch ausarten. Es ist nicht schwer, das Entwicklungsschema einer Bodenbebauungs-Assoziation darzustellen. Sie wird gegründet und trägt schon bei ihrer Gründung eine Ungleichheit in sich, indem sie aus Kleinbauern besteht, deren Besitzthum, folglich auch deren Antheilnahme an der Assoziation verschieden ist; oder, wenn dies künstlich vermieden wird dadurch etwa, daß man jeden mit einem gleichen Beitrag in die Gemeinschaft eintreten läßt, so bleibt doch eine wirthschaftliche Ungleichheit bestehen, wenn auch außerhalb der Assoziation, so doch aber unter ihren Mitgliedern. Waarenproduzirend ist die Assoziation von vornherein; daher unterliegt sie den Gesetzen der Konkurrenz, folglich auch den Schwankungen des kapitalistischen Erwerbs. Es giebt gute Zeiten und schlimme Zeiten, in der Landwirthschaft bekanntlich noch viel mehr als in anderen Produktionszweigen, weil der Produktionsertrag, die Ernte, von den Witterungsverhältnissen abhängt (dabei kommt nicht nur die *eigene* Ernte in Betracht, sondern der Ernteausfall der ganzen Welt). Die Wirkung der guten und schlechten Zeiten wird nun ungleich sein gegenüber den wirthschaftlich ungleich situirten Mitgliedern der Assoziation. Während aber die guten Zeiten nur ungleich bereichern, werden die schlimmen Zeiten das weniger besitzende bezw. mehr verschuldete Mitglied unserer Produktivgemeinschaft zum Ruin führen, während sich der Stärkere noch aufrecht hält. Ein Theil der Mitglieder wird also bei jedem solchen Fall ausscheiden, d. h. in unserer Produktiv-Assoziation wird die kapitalistische Tendenz der Massenproletarisirung sich ebenso gut geltend machen, wie in der Bauernschaft im Allgemeinen. Es verbleibt ein Häuflein von ökonomisch Stärkeren, die jetzt freilich desto mehr Spielraum zur weiteren Entwicklung erhalten. Gehen die Geschäfte ferner gut, so werden diese glücklichen Wenigen die Produktion erweitern: sie werden nunmehr aus den eigenen Mitteln der Assoziation Land aufkaufen, Maschinen und eine bessere Betriebstechnik einführen, sie werden schließlich an den reinen Ackerbau die übrigen Produktionsarten der Landwirthschaft anknüpfen, sogar industrielle Nebenbetriebe einrichten. Das Alles werden sie thun *müssen* — unter dem Einfluß der Konkurrenz, unter dem Einfluß der kapitalistischen Produktionsentwicklung. Mit dem allmäligen Wachsthum ihrer produktiven Thätigkeit reichen aber auch ihre persönlichen Arbeitskräfte nicht mehr aus, folglich werden *Lohnarbeiter* eingeführt, und mit der Lohnarbeit hält die reine Mehrwerthsaneignung ihren Einzug — finis Poloniae.

Man glaubt dieser Ausbeutungstendenz entgegenwirken zu können, indem man den Assoziationen verbietet, Lohnarbeiter zu beschäftigen. Allein diese Maßregel gehört bestenfalls in das Gebiet der frommen Wünsche.

Wenn die kapitalistische Unternehmung überhaupt keineswegs regelmäßig arbeitet, sondern, man möchte fast sagen in einer Wellenbewegung produzirt, des-

halb fortwährende Anziehung und Abstoßung von Arbeitskräften bedingt (Reservearmee), so ist dies um so mehr der Fall in der Landwirthschaft, in der sich die Arbeiten zu einer bestimmten Jahreszeit besonders stark zusammenballen, worauf dann stets eine längere Periode einer geringen Produktionsthätigkeit folgt. Es ist bekannt, daß kein landwirthschaftlicher Betrieb eine für die Erntezeit ausreichende Zahl von ständigen Arbeitern unterhalten kann, und daß für diese Zeit immer Taglöhner gemiethet werden müssen. Und eine Gemeinschaft kann auch nicht mehr Mitglieder haben, als wirklich das Jahr hindurch beschäftigt werden können — wenn sie sich rentiren soll; sie kann keinen Ballast von Mitgliedern mitschleppen. Und so wird sie zur Erntezeit zu demselben probaten Mittel der Lohnarbeit greifen müssen, wie jede kapitalistische Unternehmung, oder eine Rangstufe von zeitweiligen Mitgliedern mit beschränkten Rechten aufstellen müssen, was auf dasselbe hinauskommt. Man bedenke außerdem, wie der Ausfall der Ernte auf Zufluß und Abfluß von Arbeitskräften einwirken muß.

Und wie soll sich die Assoziation weiter entwickeln? Durch Aufnahme von neuen Mitgliedern? Allein, selbst in einer Assoziation von proletarischen Habenichtsen kann nur zu Anfang freie Mitgliederaufnahme stattfinden. Mit der Entwicklung der Assoziation entwickelt sich innerhalb derselben auch ein Vermögensstock, und mit Recht sagen dann die Mitglieder: „Unser Einkommen wird nunmehr nicht blos durch unsere Arbeit bedingt, sondern auch durch unser Vermögen, welches uns Arbeit gekostet hat. Wir fordern daher von jedem Neueintretenden, daß er nicht nur seine leeren Arbeitshände, sondern auch Vermögen mitbringt, wenn er an unserem Gewinn theilnehmen will, sonst möge er sich mit einem angemessenen Arbeitslohn begnügen. Dies ist nicht mehr als billig, zumal wenn man bedenkt, daß wir es waren, welche durch Energie und Ausdauer in der schlimmsten Zeit das Unternehmen aufrecht erhalten haben." Sic transit gloria mundi — aus einer Arbeitsvereinigung wird eine kapitalistische Unternehmung; angesammeltes Vermögen wird zu Kapital nach dem Gesetz der kapitalistischen Produktion.

Was kann unter solchen Umständen eine juristische Floskel helfen? Die Geschäftswelt kennt keine Ideologie. In dem Moment, wo die Assoziation die Möglichkeit erhält, sich durch Mehrwerthaneignung zu bereichern, wird sie es thun, und steht ihr irgend ein Paragraph ihrer Statuten dabei im Wege, so wird sie ihn ändern, und hindert sie irgend ein Staatsgesetz, so wird sie es umgehen, in unserem Falle z. B. dadurch, daß sie „Mitglieder" aufnimmt unter besonderen Bedingungen. Man kann nicht auf rein juristischem Wege ökonomische Thatsachen bezw. die ökonomische Entwicklung annulliren.

So steht es mit der gemeinschaftlichen Bodenbebauung. Sie ist eine Unmöglichkeit innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft, wenn man an eine wirklich rationelle, allgemeine Durchführung derselben denkt; es ist aber auch unmöglich, dieselbe in Einzelfällen und bei der höchsten Anpassung an die gegebenen Verhältnisse in einem nur einigermaßen bedeutenden Umfange durchzuführen, und wo dies ausnahmsweise gelingt, schlägt der Kollektivismus in sein Gegentheil um, d. i. in kapitalistischen Privatbetrieb.

Wenn man aber von der gemeinschaftlichen Bodenbebauung absieht, so bleibt aus der ganzen Maßregel nur das Einzige übrig: Landestheilung an die einzelnen Bauernhöfe. Daß dieses zugetheilte Land im Gemeineigenthum gehalten werden soll, ändert nicht viel an der Sache. Wohl eröffnet das Gemeineigenthum die juristische Möglichkeit, das vertheilte Land wieder einzuziehen; allein wenn der Bauer einmal dieses Land eine Zeit lang in seinem Privatbesitz gehabt, wenn

er darauf gearbeitet, wenn er das Feld Jahre lang auf eigene Kosten gedüngt hat, wenn es zu einem unentbehrlichen Bestandtheil seiner Wirthschaft geworden ist, — dann wird die Wiedereinziehung des Landes, wenn auch juristisch noch vollkommen möglich, auf einen harten ökonomischen Widerstand stoßen.*

Wir sehen, die ganze Sache reduzirt sich auf einen ziemlich vulgären Vorschlag der bürgerlichen Oekonomie, auf den nur sozialistische Schminke dick aufgetragen worden ist.

Doch ist die Maßregel in dieser Gestalt wenigstens ökonomisch denkbar innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft, wenn auch die Frage übrig bleibt — cui bono? Wer hat den Vortheil davon? Besonders sozialistisch — cui bono?

Die Untersuchung dieser Frage gehört aber zu Punkt 2 unserer Betrachtungen, zu dem wir nunmehr übergehen. (Schluß folgt.)

Die Diamanten-Industrie in Amsterdam.

Von H. Polak.

Ueber Amsterdams und ganz gewiß über Hollands Grenzen hinaus ist von der Industrie, deren Name an der Spitze dieses Aufsatzes steht, sehr wenig bekannt. In Amsterdam selbst haben diejenigen, die nicht in irgend einer Weise mit der Sache in Zusammenhang stehen, kaum einen Begriff von der Thatsache, daß die Wohlfahrt der Stadt in hohem Maße von der Diamanten-Industrie abhängt, daß letztere ein hochwichtiger Faktor für die schon lange abnehmende Prosperität des „nordischen Venedig" ist und daß ihr Fall derselben den Todesstoß versetzen würde. Diese Unwissenheit herrscht auch bei den städtischen Behörden und der holländischen Regierung wie unter den repräsentativen Handelskörperschaften, Handelskammern ꝛc., was durch den vollständigen Mangel jeder Vorbeugungsmaßregel gegen den Verfall der Diamanten-Industrie Amsterdams erwiesen wird. Und doch ist diese Katastrophe, die seit einigen Jahren wie ein modernes Damoklesschwert über den 16 000 Diamantarbeitern geschwebt hat, im Begriff, hereinzubrechen. Den 100 000 Menschen, deren Existenz von dem Diamantenhandel abhängt, droht der Ruin; der Hunger starrt dieser Masse ganzer oder halber Proletarier ins Gesicht; Elend und Noth steigen drohend am Horizont auf.

Noch vor zwanzig Jahren konnte ein gewöhnlicher Arbeiter in der Diamanten-Industrie reich werden; noch vor sechs bis sieben Jahren gewährte dieser Industriezweig den meisten, wenn auch nicht allen seinen Arbeitern anständigen Lohn und eine behagliche Existenz. Und jetzt ... Armuth, Mangel, Elend, das Armenhaus und ein Armengrab, das ist Alles, was ihrer wartet.

---

* „In dem Falle, daß unsere Reformen verwirklicht werden sollten, so scheint es uns, daß dieser neugeschaffene Zustand die endgiltige sozialistische Umgestaltung mehr erleichtern würde, als der ländliche Kleinbesitz von heute" (Bericht der Sozialdemokratie Rumäniens an den Züricher Kongreß).

Das ist eben die Frage, ob es gelingen würde, innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft einen solchen neuen Zustand, d. h. kollektivistische Bewirthschaftung in der Gestalt von Ackerbau-Genossenschaften, zu schaffen? Die Reform, die verwirklicht werden kann, ist nur die Landeszutheilung, und diese würde keinen neuen Zustand schaffen, sondern im Gegentheil das stärkere Umsichgreifen und die zeitweilige Befestigung des Kleinbesitzes bedingen.